

- OFFENER BRIEF -

An den  
Oberbürgermeister  
und den Rat der Stadt  
Braunschweig

Braunschweig, den 17.07.2015

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Ratsfrau, sehr geehrter Ratsherr,

mit dem neuen B-Plan werden den Nuklearfirmen in Braunschweig Erweiterungsmöglichkeiten geboten, wie auch Herr Leuer auf dem Leserforum der Braunschweiger Zeitung bestätigt hat. Die Geschäftsfelder (Medizin, Industrie, radioaktive Abfallbearbeitung) der Nuklearfirmen sind hierbei per se völlig unstrittig.

Für den Normalbetrieb berufen sich die Nuklearfirmen darauf, dass Sie die gesetzlichen Grenzwerte bei den radioaktiven Emissionen einhalten. Dies bedeutet jedoch nicht, dass es hierdurch keine Risiken für die Bevölkerung gibt, wie eine in diesem Jahr veröffentlichte Publikation\* in einer renommierten Fachzeitschrift zeigt. Im Fachmagazin „Nature“ wird diese Studie von dem Direktor des dänischen Krebsforschungszentrums kommentiert als „eine solide, ungewöhnlich umfangreiche Studie zu den Folgen einer lang anhaltenden, sehr niedrigen Belastung mit ionisierenden Strahlen“.

Diese Studie zeigt, dass auch weit unterhalb gesetzlicher Grenzwerte die Anzahl an Leukämie-Todesfällen unter den Mitarbeitern von AKWs signifikant erhöht ist. Besonders bedeutsam ist hierbei, dass die Strahlendosis, denen die Mitarbeiter ausgesetzt waren, im Mittel bei 1,1 mSv/Jahr lag und damit praktisch auf der Höhe des Grenzwertes, der für die Bevölkerung im Umfeld von Eckert&Ziegler besteht. Mediziner weisen darauf hin, dass das Leukämierisiko bei Kindern und Jugendlichen aufgrund des Zellwachstums und der damit verbundenen hohen mitotischen Zellteilungsrate noch einmal höher ist als bei Erwachsenen.

Vor diesem wissenschaftlich fundierten Hintergrund ist es absolut unverständlich, warum die Nuklearfirmen den Umgang mit radioaktiven Stoffen in unmittelbarer Nähe zu Wohnhäusern, Schulen und einem Jugendzentrum ausweiten wollen. **Auch durch den Normalbetrieb wird somit der Bevölkerung, den Kindern und Jugendlichen ein höheres gesundheitliches Risiko zugemutet. Es kann eindeutig nicht ausgeschlossen werden, dass es durch die radioaktiven Emissionen zu schweren Erkrankungen und auch Todesfällen kommt.** Auch das Bundesamt für Strahlenschutz weist darauf hin, dass es für das strahlenbedingte Leukämie- und Krebsrisiko keine Schwellendosis gibt.

\* Leuraud et al. (2015): Ionising radiation and risk of death from leukaemia and lymphoma in radiation-monitored workers (INWORKS): an international cohort study. - Lancet Haematol. 2015; 2: e276-81

Zusätzlich zu dieser grundlegenden Problematik der erhöhten Gesundheitsgefahr im Normalbetrieb - aufgrund der engen Nachbarschaft der Nuklearfirmen zur Bevölkerung und sensiblen öffentlichen Einrichtungen an denen sich mehr als 1000 Kinder und Jugendliche aufhalten - kommt erschwerend noch die **Störfallproblematik** hinzu.

Für einen auslegungsüberschreitenden Unfall in den Einrichtungen zur Konditionierung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle, zu denen auch die Anlagen von EZN gehören, empfiehlt die ESK zu gewährleisten, dass eine Evakuierung der Bevölkerung nicht erforderlich wird. Laut der Ergebnisse der ESK ist dieses für den Standort Braunschweig nicht gewährleistet. Vielmehr zeigt der offizielle ESK-Stresstest, dass aufgrund der räumlichen Nähe der Eingreifrichtwert für die Evakuierung nicht nur geringfügig, sondern um einen Faktor sechs überschritten wird.

Durch die umfangreichen Genehmigungen wird das Problem noch verschärft: Die Genehmigungslage erlaubt den Nuklearfirmen den Umgang mit Cs-137 in Form von offenen radioaktiven Stoffen in einer Menge, die nach heutiger Kenntnislage 10% der Menge entspricht, die im März 2011 in Fukushima freigesetzt wurde.

Der von der Stadt beauftragte Gutachter Christian Küppers stellt zusammenfassend fest: „Der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg stellt ein besonderes Risiko im Hinblick auf einen Flugzeugabsturz auf Gebäude der Gewerbebetriebe am Standort Braunschweig-Thune und Freisetzungen von radioaktiven Stoffen dar“.

Die renommierte Gutachterin Dipl.-Phys. Oda Becker kommt darüber hinaus zu dem Schluss, dass für die Nuklearanlagen am Standort Braunschweig-Thune ein signifikantes Risiko durch einen Terroranschlag besteht, da einerseits die Durchführung eines Anschlags relativ einfach ist und andererseits das potenzielle Schadensausmaß relativ groß wäre. In diesem Zusammenhang sei auf die Antwort des GAA-Braunschweig verwiesen, die uns auf unsere UIG-Anfrage das nukleare Inventar mit dem Hinweis auf Terrorgefahr nicht geben wollten.

Sowohl Nuklearmedizin als auch Atommüllkonditionierung sind natürlich sinnvoll und wichtig. Zu einem verantwortungsvollen Umgang gehört jedoch auch die Frage des Standorts. **Mit diesem Standort nehmen die Nuklearfirmen und auch die Stadt bewusst ein erhöhtes Strahlenrisiko für die Bevölkerung in Kauf** - im Normalbetrieb und natürlich im Störfall. Dies sollte Ihnen bewusst sein, wenn der neue B-Plan im Rat der Stadt verabschiedet wird.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Thomas Huk